

15. Nachträge**15.1 Antrag der LINKE-Fraktion "Resolution Lebensqualität für Velbert sichern - 2012 Städtebauförderung erhöhen"**

Vorlage: 155/2011

Dem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktion Die Linke zugrunde.

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und berichtet, dass die Verwaltung sich diesbezüglich bereits an die Bundestagsabgeordneten gewandt habe.

Seitens Die Linke wird die bisherige Tätigkeit der Verwaltung begrüßt und dafür plädiert, nachfolgende Resolution durch den Rat zu beschließen.

Antrag der Fraktion Die Linke:

DIE LINKE. Fraktion Velbert bittet den Rat, am 12. April die folgende Resolution zu beschließen:

**Lebensqualität für Velbert sichern - 2012 Städtebauförderung erhöhen
Resolution**

Die Programme der Städtebauförderung sind für unsere Stadt unverzichtbar, um dem demografischen Wandel und dem Klimaschutz gerecht zu werden, die soziale Stabilität in den Stadtquartieren zu sichern, den Wohnraum und das Wohnumfeld attraktiver zu gestalten und die Stadt zukunftsfähig zu machen.

Städtebauförderungsmaßnahmen stärken seit Jahren erfolgreich städtebauliche Erneuerungsprojekte in Velbert. So profitieren die Stadtteile in Birth/Losenburg vom Programm „Soziale Stadt“, Nordstadt vom Programm „Stadtumbau West“ und die Innenstädte in Neviges und Langenberg von dem Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“.

Die Sanierung des Bürgerhauses in Langenberg und des Schloss Hardenberg in Neviges hängen unter anderem von der Städtebauförderung ab.

Die Programme erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt, schaffen Orte der Begegnung und Identifikation und fördern den sozialen Zusammenhalt.

Die Kürzung der Mittel der Städtebauförderung durch die Bundesregierung hat tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Stadt. Es konnten keine neuen Projekte mehr in Angriff genommen werden und die weitere Ausgestaltung begonnener Städtebauprojekte ist gefährdet.

Der Rat der Stadt Velbert fordert daher die Bundesregierung auf,

a) die Mittel für die Städtebauförderung im Jahr 2012 mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2010 - also auf insgesamt 610 Millionen Euro - zu erhöhen,

b) die im Jahre 2011 nicht mehr mögliche Verknüpfung von baulich-investiven mit investitionsbegleitenden sozialen Maßnahmen als Kernpunkt des Programms wieder in vollem Umfang zuzulassen,

c) den Ausschluss des Programms Soziale Stadt aus der Möglichkeit der Umverteilung von Bundesmitteln zwischen den Programmen der Städtebauförderung wieder aufzuheben.

Die Stadt Velbert unterstützt das Anliegen des „Bündnisses für eine Soziale Stadt“, die Städtebauförderungsmittel wieder auf das Niveau von 2010 anzuheben. Die Stadt

Velbert wird sich als Unterstützer auf der Homepage des Bündnisses zu erkennen geben. Eine Verlinkung des Bündnisses mit der Stadt Velbert ist ausdrücklich gewünscht.

Beratungsergebnis: 63 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung (CDU-Fraktion)

15.2 Antrag der LINKE-Fraktion "Atomausstieg in Velbert - Entflechtung der Stadtwerke von der Atomindustrie"

Vorlage: 156/2011

Dem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktion Die Linke zugrunde.

Seitens Die Linke wird der Antrag begründet und dafür geworben, mit diesem Antrag „ein deutliches Zeichen für die Bürger in Velbert in Sachen Atomausstieg zu setzen“.

Der Bürgermeister stellt den Sachverhalt „aus Sicht der Verwaltung“ dar und zeigt dabei einige Hinderungsgründe auf.

Es müsse eine Trennung zwischen dem RWE als Gesellschafter der Stadtwerke auf der einen Seite und dem RWE als Stromlieferant auf der anderen Seite erfolgen.

Zudem liege der Anteil an „Atomstrom“ der Stadtwerke Velbert „weit unter dem Bundesdurchschnitt“.

Der Bürgermeister empfiehlt letztendlich den Antrag abzulehnen.

Antrag der Fraktion Die Linke:

Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeiten für den Rückkauf von den Anteilen der Stadtwerke, die zuvor an RWE verkauft wurden.

Dabei werden sowohl Varianten zum direkten Kauf von Anteilen als auch zum Kauf durch städtische Tochtergesellschaften geprüft.

Ziel ist dabei, die Stadtwerke mittelfristig vollständig aus den Händen des Atom-Energie Konzerns RWE heraus zu kaufen.

Die Prüfung beinhaltet unter Anderem das Abklopfen der Verkaufsbereitschaft von RWE-Seite und das zu erwartende Return on Investment.

Beratungsergebnis: 6 Stimmen dafür (Die Linke; Bündnis 90/Die Grünen (2))
55 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen

16. Mitteilungen der Verwaltung

Die Verwaltung teilt mit, dass das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich dem Kreis Mettmann seinen Vorschlag an das Bundesministerium für die Zulassung neuer kommunaler Träger zur alleinigen Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Optionskommune) sowie die Reihenfolge der Bewerber mitgeteilt habe.

Nach dieser Reihenfolge sei davon auszugehen, dass der Kreis Mettmann keine Zulassung erhalten werde.